

# NEIN ZU EINER DEMONTAGE DER AHV

von Martin Kaiser

**D**ie Vorgaben des Bundesrats an die Reform Altersvorsorge 2020 waren klar und einleuchtend. Das derzeitige Rentenniveau sollte erhalten und das finanzielle Gleichgewicht der ersten beiden Säulen gesichert werden. Diese Ziele rechtfertigte der Bundesrat mit den grossen demografischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Die steigende Lebenserwartung führt besonders bei der umlagefinanzierten AHV dazu, dass sich das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern weiter verschlechtert: Finanzierten 1948 – im Geburtsjahr der AHV – 6,5 Aktive einen AHV-Rentner, sind es heute nur noch 3,4 und 2035 bloss noch 2,3 Menschen im Arbeitsleben.

Vor diesem Hintergrund sind die Reformziele des Bundesrats zwar ambitioniert, weil sie eine massive Zusatzfinanzierung erfordern. Sie sind aber folgerichtig – ebenso wie der kategorische Verzicht auf einen Leistungsausbau. Dennoch setzte eine kompromisslose Mitte-links-Allianz im Parlament stur, wenn auch mit hauchdünner Mehrheit, eine Vorlage durch, die wie schon die vor einem Jahr deutlich verworfene AHVplus-Initiative einen AHV-Ausbau mit der Giesskanne vorsieht: Alle Neurentner sollen 70 Franken pro Monat aus der defizitären AHV-Kasse erhalten. Dieser Ausbau ist ungerecht und unsozial: Er wirkt wie eine «AHVplus 2.0», da er ausgerechnet die Schwächsten unserer Gesellschaft benachteiligt – also jene, die Ergänzungsleistungen beziehen.

Dieser Ausbau schafft zudem eine Zwei-Klassen-AHV, da gegenwärtige Rentner keine Rentenerhöhung erhalten, die Reform aber durch die höhere Mehrwertsteuer mitfinanzieren. Zu den grössten Verlierern zählen indes die Jungen, die zusätzlich zum Mehrwertsteueraufschlag höhere Lohnabzüge verkraften und für den ungedeckten Check des AHV-Ausbaus geradestehen müssen: Da ab 2020 immer mehr Babyboomer in Rente gehen, übersteigen bereits im Jahr 2030 die Kosten des Ausbaus (1,4 Mrd. CHF)

die Entlastung, welche die Erhöhung des Frauenrentenalters (1,2 Mrd. CHF) der AHV bringt. Damit wird der Beitrag, den die Frauen an eine nachhaltige Sicherung der AHV leisten, postwendend für den AHV-Ausbau verprasst.

Der unnötige AHV-Ausbau auch für Reiche wirkt sich vor allem verheerend auf die Finanzierung der AHV aus. Denn trotz massiver Zusatzfinanzierung in Milliardenhöhe hievt die Reform die AHV nur für wenige Jahre aus den roten Zahlen. 2027 beträgt das Defizit in der AHV-Kasse bereits wieder eine Milliarde Franken, 2030 schon drei und 2035 sogar sieben Milliarden – pro Jahr. Bereits 2025 müssen neue Massnahmen greifen, um die Fehlbeträge in der AHV ab 2027 zu decken. Bis 2035 muss entweder das Rentenalter auf über 67 Jahre, die Lohnbeiträge um weitere knapp 1,5 Prozentpunkte oder die Mehrwertsteuer um fast zwei Prozentpunkte steigen.

Für die stark dem Wettbewerbs- und Margendruck ausgesetzten Unternehmen und ihre Mitarbeiter sind das düstere Aussichten. Zudem verkompliziert etwa die Neuregelung des Koordinationsabzugs die berufliche Vorsorge zusätzlich und macht das System für die Versicherten noch undurchsichtiger. Gerade für Branchen mit hoher Personalfuktuation und häufig ändernden Arbeitspensen schafft die Neuregelung ein Bürokratiemonster und stellt insbesondere für KMU eine grosse Herausforderung dar. Darüber hinaus ist auch die enorm komplizierte doppelte Schattenrechnung für die Übergangsgeneration mit hohem Administrativaufwand und entsprechenden Kosten verbunden.

Unter dem Strich schiebt die Reform die Probleme der AHV auf die lange Bank und verstärkt mit dem unverantwortlichen Ausbau sogar den Druck zu raschen, einschneidenden Sanierungsmassnahmen. Nur ein NEIN an der Urne schafft die Voraussetzung für eine echte Reform, welche die Altersvorsorge nachhaltig sichert. ■



**Martin Kaiser**

ist Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen und Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes

[www.arbeitgeber.ch](http://www.arbeitgeber.ch)